



**Hans-Josef Fell**

Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Sofortprogramm zur Rettung der deutschen und europäischen Solarwirtschaft**

Nachdem Rot-Grün durch das EEG im Jahre 2000 einen großen Aufschwung für die Photovoltaik begründete, erreichte die Solarwirtschaft im Jahr 2012 einen Beschäftigungshöhepunkt von 110.900 Arbeitsplätzen. Davon könnten am Ende des Jahres 2013 jedoch nur noch 60.000 überbleiben. Nachdem zunächst die Produzenten unter Druck geraten sind, gehen inzwischen besonders bei den Handwerkern viele Arbeitsplätze verloren, die Zahl der Insolvenzen steigt. Schuld an der Krise ist vor allem die schwarz-gelbe Bundesregierung die mit vier verfehlten Solargesetznovellen, ständigen Kürzungsankündigungen, bis hin zur Androhung von rückwirkenden Eingriffen große Unsicherheit in der Branche verursacht hat. Darüber hinaus hat es diese Bundesregierung versäumt eine Solarindustriepolitik zu organisieren.

Um der verfehlten schwarz-gelben Politik etwas entgegenzusetzen, schlage ich im Folgenden ein **4-Punkte Sofortprogramm zur Rettung der deutschen und europäischen Solarwirtschaft** mit dem Ziel vor:

- Den PV-Markt in Deutschland und der EU wieder auf Wachstumskurs zu bringen und
- die deutsche und europäische Solarindustrie international wieder wettbewerbsfähig zu machen.

### **1.) Steigerung des Marktvolumens in Deutschland in Richtung sieben Gigawatt**

- Die Strom-, Wärme- und Transportmärkte verknüpfen, z.B. Solarstrombetriebene Wärmepumpe als Ergänzung zu Solarthermie, E-Mobilität, Kühlung, u.a.
- Eine EEG Novelle mit:
  - einer Abschaffung der Begrenzung der Wirkeinspeisungsleistung auf 70 Prozent der installierten Leistung;
  - einer Abschaffung der Zwangsvermarktung für Anlagen zwischen 10 und 1000 Kilowatt Leistung;
  - einer Anpassung der Vergütungshöhen, so dass die Vergütung nicht unter die Wirtschaftlichkeitsschwelle von Anlagenbetreibern fällt;
  - Einführung eines Speicherbonus und eines Kombikraftwerkbonus für die stärkere Netzintegration Erneuerbarer Energien;
  - einer Wiederaufnahme der Vergütung von großen Freiflächen über 10 Megawatt installierter Leistung;
  - einer Streichung von unnötigen bürokratischen Auflagen;
  - einer Anschlussregelung für eine Einspeisevergütung für Solaranlagen im EEG rechtzeitig vor Erreichen der 52 Gigawatt Grenze.



**Hans-Josef Fell**

Mitglied des Deutschen Bundestages

## **2.) Eine aktive Solarpolitik auf EU-Ebene**

- eine Initiative Deutschlands auf EU-Ebene zur Einhaltung des europäischen Rechts bei rückwirkenden Eingriffen in Bestandsanlagen (z.B.: in Spanien, Tschechien);
- eine Initiative zur Stärkung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in der EU mit starken national verbindlichen Zielen, auch über 2020 hinaus;
- eine Initiative für ein europäisches EEG mit wirksamen Einspeisevergütungsregeln;
- ein Wirtschaftsförderprogramm auf EU-Ebene mit einem Schwerpunkt Erneuerbare Energien für die Krisenländer der EU, wie Griechenland oder Spanien.

## **3.) Eine aktive Industriepolitik**

- Bankkredite für die Solarindustrie, mit denen Investitionen in Innovationen und die Erneuerung von Produktionsanlagen sowie der Maschinenparks finanziert werden, die über staatliche Bürgschaften abgesichert werden;
- politische und finanzielle Unterstützung für den Aufbau einer Gigawattsolarfabrik, deren Kosteneffizienz die Wettbewerbsvorteile der chinesischen Konkurrenz ausgleichen soll;
- ein Kreditprogramm der KfW-Bankengruppe für Solarprojekte im In- und Ausland an denen deutsche Unternehmen beteiligt sind;
- eine aktive Verstärkung der bestehenden Exportinitiative um auf die global schnell wachsenden Solarmärkte zu reagieren und um das an China verlorene Terrain wieder aufzuholen;
- eine Forschungsoffensive und die deutliche Aufstockung des Forschungsprogramms „Innovationsallianz Photovoltaik“ (Gegenfinanzierung z.B. aus Mitteln der völlig erfolglosen Kernfusionsforschung erfolgen).

## **4.) Eine aktive Energiewendepolitik**

- Abschmelzen der Privilegien der Industrie im EEG und bei den Netzentgelten sowie eine Änderung des EEG-Umlagemechanismus, damit die EEG Umlage und damit die Strompreise gesenkt werden können;
- Stärkung des Eigenverbrauchs, der Selbstvermarktung und der Regionalvermarktung zum Beispiel durch eine Ökostromsteuerbefreiung über die jetzige Regelung von vier Kilometern hinaus;
- Gewährung der EEG-Vergütung für Anlagen über 100 KW, nur wenn sie Systemdienstleistungen erbringen, was mit den heutigen Wechselrichtern schon möglich ist;
- Die Netzegebühren für Stromkunden sollen an der Anschlussleistung bemessen werden und nicht an der elektrischen Arbeit.



**Hans-Josef Fell**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Es ist unverständlich, dass die Bundesregierung gerade zu dem Zeitpunkt, an dem die Solarenergie günstiger als neue Atom- und Kohlekraftwerke geworden ist, den Zubau abwürgt. Damit überlässt Schwarz-Gelb anderen Ländern das Geschäft in einem wichtigen Industriezweig und behindert gleichzeitig die schnelle Umsetzung der Energiewende.

Da diese Zielvorstellungen der oben stehenden Forderungen der schwarz-gelben Regierungsparteien völlig zuwider laufen, ist Grundvoraussetzung für die Umsetzung dieses Solarwirtschaftsprogrammes eine grüne Regierungsbeteiligung, was nur mit der Abwahl der jetzigen Bundesregierung gelingen kann.

Hans-Josef Fell MdB

11.09.2013